



# SRG SSR Wahlbarometer

Hauptbericht – Oktober 2018



**Auftraggeber**

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

**Auftragnehmer**

Forschungsstelle sotomo  
Dolderstrasse 24  
8032 Zürich

**Autor/-innen:**

Michael Hermann  
David Krähenbühl  
Gordon Bühler  
Eveline Würigler  
Andreas Ladner, IDHEAP

**Zürich, Oktober 2018**

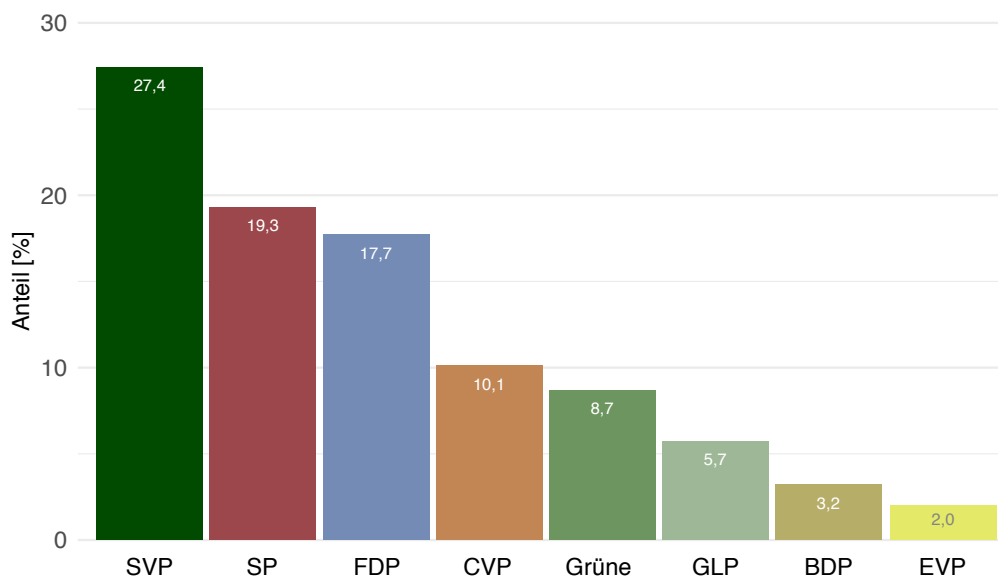
# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Aktuelle Wahlabsicht</b>	<b>3</b>
1.1	SVP und CVP verlieren . . . . .	3
1.2	Leichter Rutsch nach links . . . . .	5
1.3	Faktoren für Wahlentscheid . . . . .	6
<b>2</b>	<b>Wichtigste politische Herausforderungen</b>	<b>8</b>
2.1	Sozialversicherungen im Brennpunkt . . . . .	8
2.2	Herausforderungen nach Parteiorientierung . . . . .	9
2.3	Regionale und ideologische Ausprägung . . . . .	11
<b>3</b>	<b>Profil der Parteiwählerschaften</b>	<b>13</b>
3.1	Demographie: Geschlecht und Alter . . . . .	13
3.2	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen . . . . .	14
3.3	Wahlentscheid der Auslandschweizer/-innen . . . . .	16
3.4	Im Links-rechts-Spektrum . . . . .	17
<b>4</b>	<b>Bundesrat und Parlament unter der Lupe</b>	<b>19</b>
4.1	Mittlere Zufriedenheit mit der Arbeit . . . . .	19
4.2	Unzufriedenheit mit der Ausrichtung des Nationalrats . . . . .	21
<b>5</b>	<b>Fokusthema: Rahmenabkommen und flankierende Massnahmen</b>	<b>24</b>
5.1	Soll ein Rahmenabkommen ausgehandelt werden? . . . . .	24
5.2	Kompromisse bei den flankierenden Massnahmen . . . . .	26
5.3	Vorgehen der Gewerkschaften . . . . .	28
5.4	Rolle der eigenen Partei . . . . .	30
<b>6</b>	<b>Datenerhebung und Methode</b>	<b>32</b>

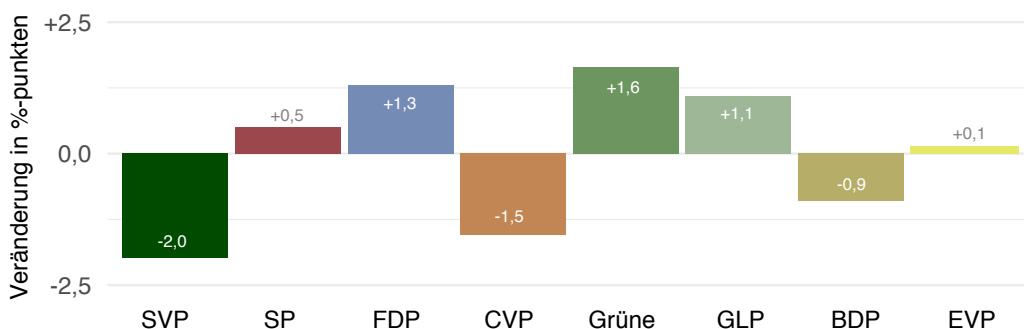
# 1 Aktuelle Wahlabsicht

## 1.1 SVP und CVP verlieren

Während das letztjährige SRG SSR Wahlbarometer durch eine bemerkenswerte Stabilität der Wähleranteile gekennzeichnet war, zeigt die aktuelle Ausgabe, rund ein Jahr vor den Wahlen, mehr Bewegung zwischen den Parteien – zumindest für Schweizer Verhältnisse.



**Abbildung 1:** Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht

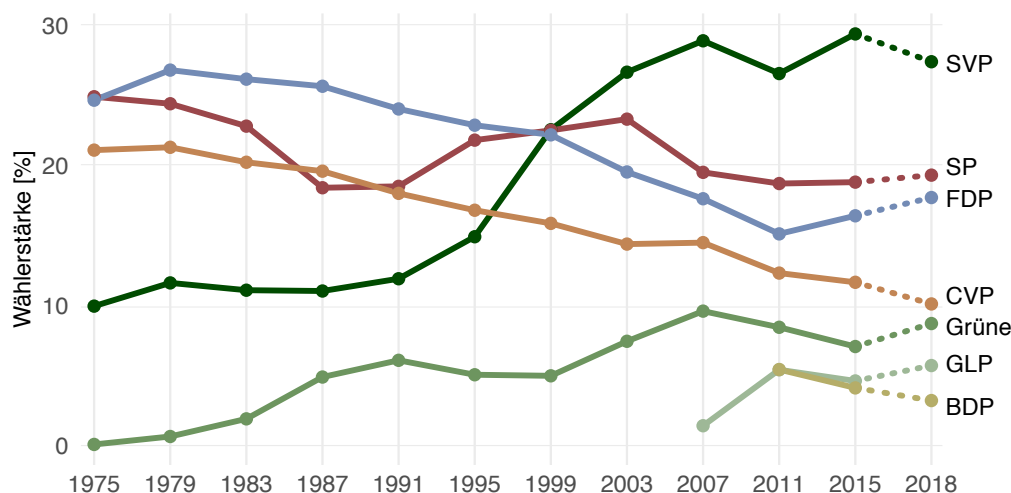


**Abbildung 2:** Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015

Mit einem Plus von 1,6 Prozentpunkten legen die Grünen gemäss aktueller Wahlabsicht am meisten zu. Laut Umfrage könnten sie ihren Wähleranteil auf 8,7 Prozent steigern. Sie liegen damit aktuell wieder nahe an ihrem Stand von 2011. Zweite Gewinnerin des aktuellen Wahlbarometers ist die FDP. Die Freisinnigen gewinnen aktuell 1,3 Prozentpunkte und steigern sich auf einen Wähleranteil von

17,7 Prozent. Mit diesem Anteil könnte die Partei zwar nicht an ihre goldenen Zeiten anknüpfen, sie wäre aber immerhin wieder auf dem Niveau von 2007 (inkl. Liberale). Dem Wahlziel, die Sozialdemokraten zu überholen, kommt die FDP damit jedoch kaum näher.

Die SP steigert ihren Wähleranteil nämlich ebenfalls leicht um einen halben Punkt auf 19,3 Prozent. Ebenfalls im Aufwind befinden sich zurzeit die Grünliberalen mit einem Plus von 1,1 Prozentpunkten. Mit diesem Zuwachs käme die Partei auf 5,7 Prozent. Sie würde damit ihr bisher bestes Ergebnis von 2011 übertreffen.



**Abbildung 3:** Entwicklung der nationalen Wähleranteile seit 1975

Auf der Verliererseite fallen zunächst zwei Parteien ins Auge. Zum einen ist dies die SVP, die aktuell 2 Prozentpunkte einbüsst und nun bei einem Wähleranteil von 27,4 Prozent liegt. Damit käme sie allerdings immer noch auf das drittbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Bei der CVP fällt der Rückgang mit -1,5 Prozentpunkten etwas geringer aus. Gemessen an der Grösse der Partei ist der Verlust jedoch gravierender. Mit einem Wähleranteil von 10,1 Prozent würde die Traditionspartei heute nur noch knapp im zweistelligen Bereich liegen. Seit ihrem letzten Wahlsieg 2007 hätte die CVP damit fast ein Drittel ihres Elektorsats eingebüsst.

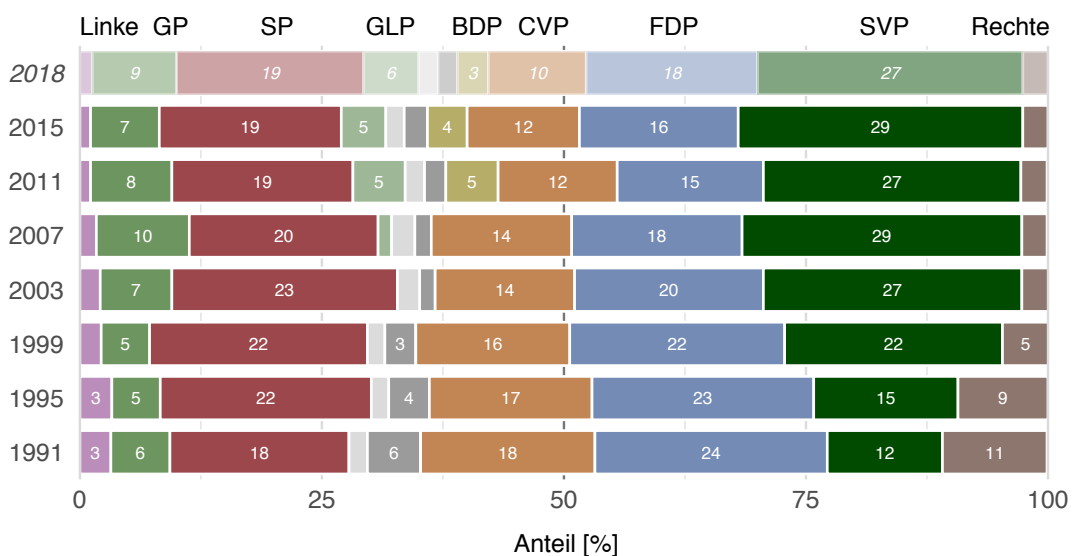
Ebenfalls eher schlecht sind die Aussichten für die BDP. Der Partei droht ein Rückgang von 0,9 Punkten. Als neue Partei gewann die BDP bei den Wahlen 2011 aus dem Stand einen Wähleranteil von 5,4 Prozent. Bereits bei den Wahlen 2015 verlor sie einen Teil ihrer Basis, und liegt aktuell nur noch bei 3,2 Prozent. Bei der CVP wäre ein weiterer Verlust an Wähleranteilen die Fortsetzung eines seit 40 Jahren anhaltenden Niedergangs (sieht man vom Zwischenhoch bei den Wahlen 2007 ab). Im Unterschied zur SVP bedeutet der aktuelle Rückgang des Wähleranteils bei den beiden Parteien der bürgerlichen Mitte (CVP, BDP) die Fortsetzung eines Trends. Dies deutet auf ein strukturelles Problem bei diesen

Parteien hin. Stabil in ihrer Nische scheint dagegen die EVP positioniert zu sein. Sie liegt aktuell mit einem minimalen Plus bei einem Wähleranteil von 2,0 Prozent.

Alle diese Verschiebungen bewegen sich im für Schweizer Parlamentswahlen typisch engen Bandbereich. Durch die politische Gewichtung der Daten wurde jedoch der statistische Unsicherheitsbereich eingegrenzt. Die Schätzgenauigkeit ist vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

## 1.2 Leichter Rutsch nach links

Die Ergebnisse des SRG SSR Wahlbarometers bringen insgesamt eine leichte Verlagerung der politischen Kräfteverhältnisse nach links zum Ausdruck. SP und Grüne gewinnen zusammen 2,1 Prozentpunkte. Wird der Gewinn der etwas links der Mitte positionierten GLP (+1,1) dazugezählt, ergibt dies einen Zuwachs von 3,2 Punkten im Mitte-links-Spektrum. Rechts der Mitte kompensiert die FDP nur einen Teil der Verluste der SVP, so dass insgesamt ein Minus von 0,7 Punkten resultiert. Die grössten Einbussen muss die bürgerliche Mitte (CVP, BDP) mit einem Minus von 2,4 Prozentpunkten hinnehmen.

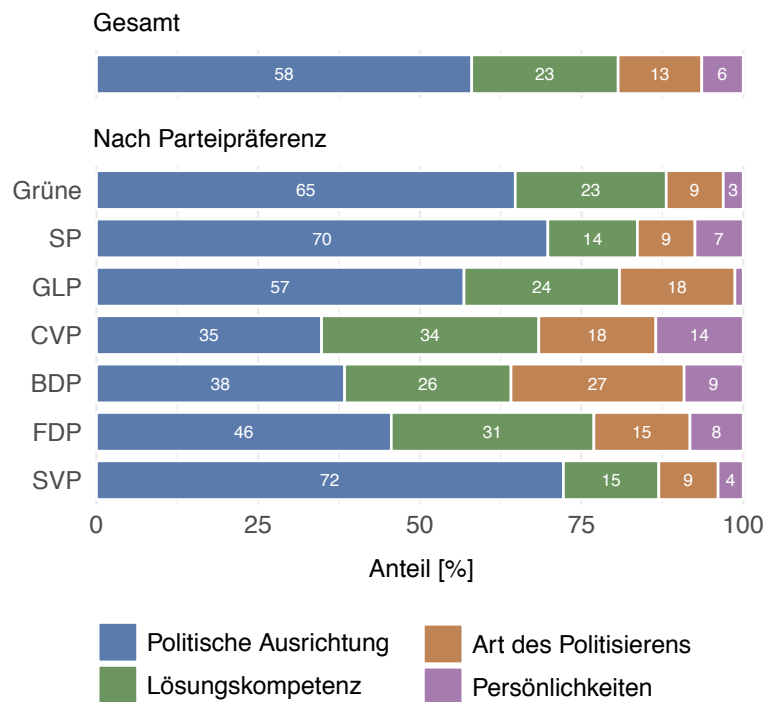


**Abbildung 4:** Entwicklung der Wähleranteile im Links-rechts-Spektrum

Wie Abbildung 4 zeigt, handelt es sich bei den aktuellen Wahlabsichten nur teilweise um eine Kompensation des Rechtsrutsches von 2015. Gemessen an den aktuellen Wahlabsichten gewinnt Mitte-links nicht zuletzt auf Kosten der bürgerlichen Mitte. Allerdings braucht es wenig, um die hauchdünne Mehrheit von 101 Sitzen zu kippen, welche die SVP- und FDP-Fraktion heute im Nationalrat gemeinsam haben.

### 1.3 Faktoren für Wahlentscheid

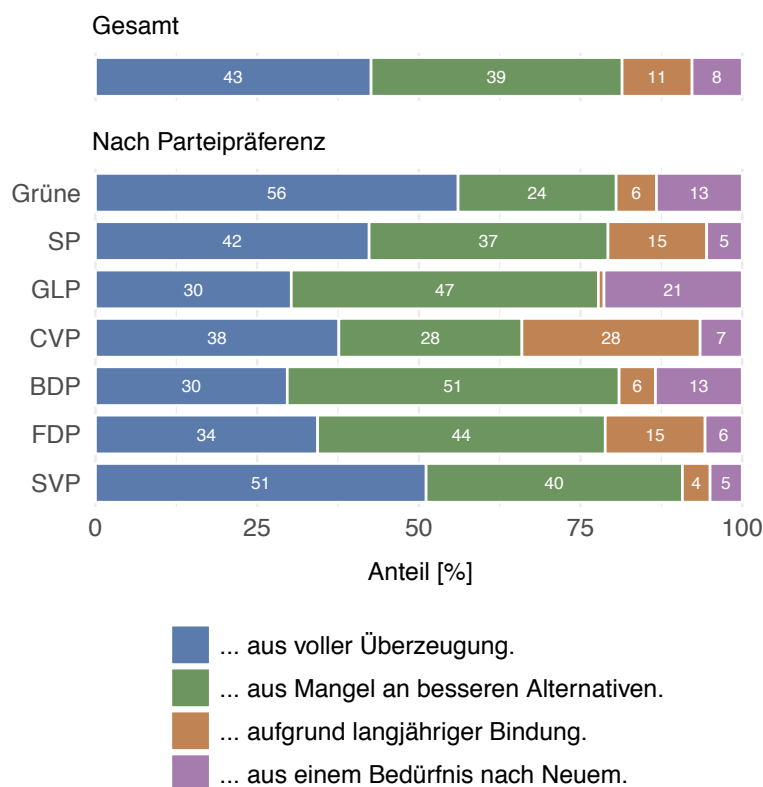
Was sind die wichtigsten Gründe bei der Entscheidung für eine Partei? Abbildung 5 zeigt, dass für eine Mehrheit der Wählenden (58 %) die politische Ausrichtung an erster Stelle steht. An zweiter Stelle folgt die Lösungskompetenz (23 %). Für 13 Prozent steht die Art des Politisierens im Vordergrund. Nur 6 Prozent setzen in erster Linie aufgrund von Persönlichkeiten auf eine Partei.



**Abbildung 5:** Wichtigster Grund für den aktuellen Wahlentscheid

Die politische Ausrichtung spielt bei den Polparteien (SVP, GP, SP) die dominanteste Rolle. Am wenigsten wichtig ist diese für die Wählenden der bürgerlichen Mitte.

Bei der CVP sind es 35 Prozent der Wählenden, für welche die politische Ausrichtung an erster Stelle steht, bei der BDP sind es 38 Prozent. Für die Wählenden der CVP ist im Vergleich zu den anderen Parteien insbesondere die Lösungskompetenz wichtig, während es für die BDP-Basis die Art des Politisierens ist. Die Art des Politisierens bzw. der politische Stil war notabene ein wichtiger Grund für die Abspaltung der BDP von der SVP. Die relativ geringe Bedeutung der politischen Ausrichtung dürfte eine Erklärung für die strukturellen Probleme der bürgerlichen Mitte sein. Diese scheint bei CVP und BDP am wenigsten einfach fassbar zu sein.



**Abbildung 6:** Art des aktuellen Wahlentscheids

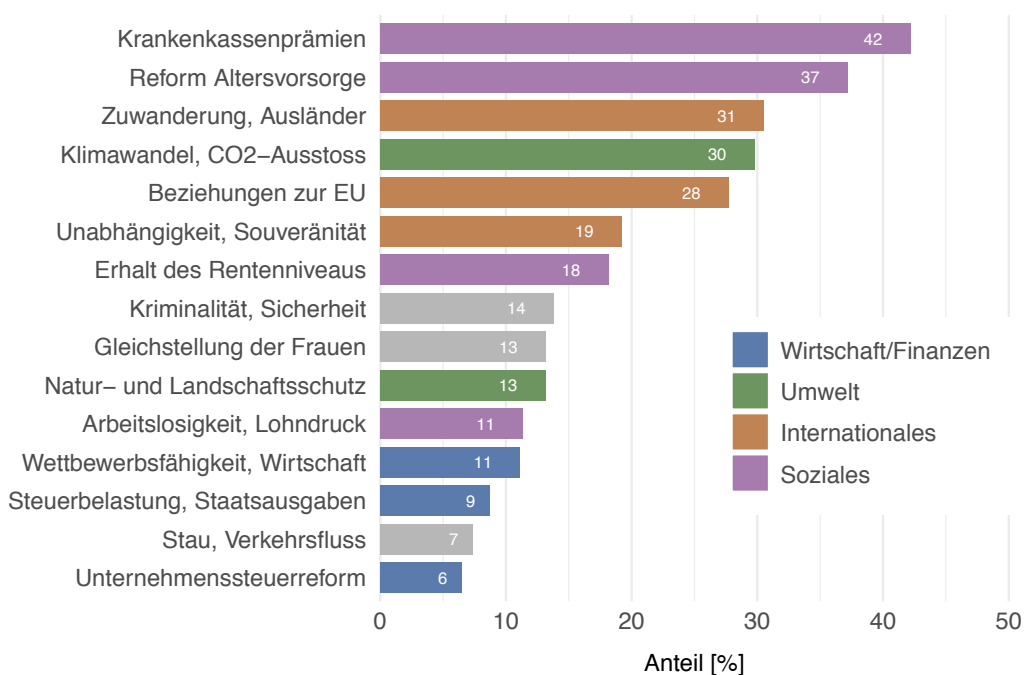
Wie charakterisieren die Wählenden ihren Wahlentscheid? Auch in dieser Frage zeigt sich ein Gegensatz zwischen den Polen und der Mitte. 56 Prozent der Wählenden der Grünen und 51 Prozent der Wählenden der SVP geben an, dass sie ihren aktuellen Wahlentscheid «aus voller Überzeugung» getroffen haben. Am wenigsten «Überzeugte» finden sich mit je 30 Prozent bei GLP und BDP, die besonders häufig aus Mangel an Alternativen gewählt werden. Die beiden Parteien mit der kürzesten Geschichte konnten sich offenbar bisher noch keine starke «Fan-Basis» aufbauen. Auffällig ist, dass 21 Prozent der Wählenden der GLP ihren Wahlentscheid mit dem «Bedürfnis nach etwas Neuem» begründen. Dies ist deutlich mehr als bei allen anderen und deutet daraufhin, dass die Grünliberalen am ehesten den Charakter einer Modepartei besitzen mit relativ geringer Parteibindung. Das Gegenstück dazu bildet die CVP, die mit 28 Prozent einen besonders hohen Anteil von Wählenden hat, die ihren Entscheid mit der «langjährigen Bindung» an die Partei begründen. Es erstaunt nicht, dass die CVP, mit der Erosion ihrer traditionellen Milieus, zu den bedrängten Parteien gehört.



## 2 Wichtigste politische Herausforderungen

### 2.1 Sozialversicherungen im Brennpunkt

Im Vorfeld der Wahlen 2015 prägte die Migrationsthematik die politische Debatte. Anhaltend hohe Zuwanderungsraten aus dem EU-Raum sowie die ungelöste Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative prägten die Stimmung in der Schweiz. Es war der Sommer der Flüchtlingskrise, die zwar insbesondere Deutschland betraf, jedoch auch hierzulande die Schlagzeilen prägte. Dabei drehte sich die anfänglich positive Grundstimmung immer mehr ins Negative. Die Südeuropa- und Euro-Krise sowie das anstehende Brexit-Referendum sorgten für eine skeptische Wahrnehmung der EU. Viele dieser Themen haben seither an Brisanz verloren. Dies schlägt sich in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung nieder. Heute sind es zwei hausgemachte Herausforderungen, die statt Zuwanderung und Flüchtlingen als drängendste Probleme wahrgenommen werden.



**Abbildung 7:** Wichtigste Herausforderungen der Wählenden

Es sind zwei Sozialversicherungen, die heute im Brennpunkt stehen. Von 15 möglichen Herausforderungen konnten die Befragungsteilnehmenden die aus ihrer Sicht wichtigsten angeben und dabei maximal drei auswählen. Am meisten genannt wurden dabei die Krankenkassenprämien. Für 42 Prozent gehören die Krankenkassenprämien zu den Top-3-Herausforderungen der Schweiz. Für 37 Prozent zählt die Reform der Altersvorsorge dazu. Die beiden Sozialversicherungen haben sich in den vergangenen drei Jahren ins Bewusstsein der Schweizer

Stimmberechtigten gespielt und dabei der Migrationsthematik den Rang abgelaufen. «Zuwanderung, Ausländer» gehören heute noch für 31 Prozent zu den wichtigsten Herausforderungen.

Nachdem die Umweltthematik jahrelang in der Wahrnehmung der Bevölkerung keine zentrale Rolle spielte, hat der heisse, trockene Sommer 2018 das Thema «Klimawandel, CO<sub>2</sub>-Ausstoss» wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Für 30 Prozent gehört dieses Thema heute zu den wichtigsten Herausforderungen. Damit ist dieses Thema zurzeit fast gleichbedeutend wie die Migrationsthematik.

Auffällig ist dagegen wie wenig zurzeit wirtschaftliche Herausforderungen im Fokus der Stimmbevölkerung stehen. Nur gerade 11 Prozent zählen «Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft» zu den wichtigsten Herausforderungen der Schweiz. Von allen 15 abgefragten Themen wurde die Unternehmenssteuerreform am wenigsten oft als wichtige politische Herausforderung für die Schweiz genannt (6 %). Dies ist bemerkenswert, schliesslich besitzt die Anpassung der Unternehmensbesteuerung aufgrund internationalen Drucks in der institutionellen Politik gegenwärtig höchste Priorität. Dieser eklatante Wahrnehmungsunterschied zeigt die spezielle Herausforderung, die sich der politischen Führung bei der Vermittlung der Steuerreform stellt. Bemerkenswert ist dabei auch der Unterschied zur Reform der Altersvorsorge, die auch aus Sicht der Stimmenden zu den drängendsten Problemen gezählt wird.

## 2.2 Herausforderungen nach Parteiorientierung

Die wichtigsten politischen Herausforderungen aus Sicht der Wählenden der verschiedenen Parteien sind in Abbildung 8 dargestellt. Es fällt auf, dass nur die Anhängerschaften zweier Parteien eine deutlich von den anderen Parteien abweichende Problemwahrnehmung besitzen. Bei der SVP-Basis dominiert das Thema «Zuwanderung, Flüchtlinge». Zwei Drittel zählen dieses zu den wichtigsten Herausforderungen. Ebenfalls zentral ist aus Sicht der Wählenden der SVP das Thema «Unabhängigkeit, Souveränität». Es wird von 44 Prozent genannt.

Auch bei den Grünen unterscheidet sich die Problemwahrnehmung deutlich von den anderen Parteien. Für 74 Prozent von ihnen gehört das Thema «Klimawandel, CO<sub>2</sub>-Ausstoss» zu den Top-Herausforderungen. Für 43 Prozent zählen auch «Natur- und Landschaftsschutz» zu den wichtigsten Themen.

Wie oben gezeigt, hat die Migrationsthematik aus Sicht der Stimmbevölkerung insgesamt nicht mehr oberste Priorität. Zugleich sehen die Stimmenden im Vergleich zum letzten Wahljahr 2015 eine erhöhte Dringlichkeit bei der Klimafrage. Vor dem Hintergrund dieser veränderten Themenkonjunktur erstaunt es nicht, dass im aktuellen Wahlbarometer die SVP zu den Verlierern und die Grünen zu den Gewinnern gehören.



Abbildung 8: Wichtigste Herausforderungen nach Parteiwählerschaften

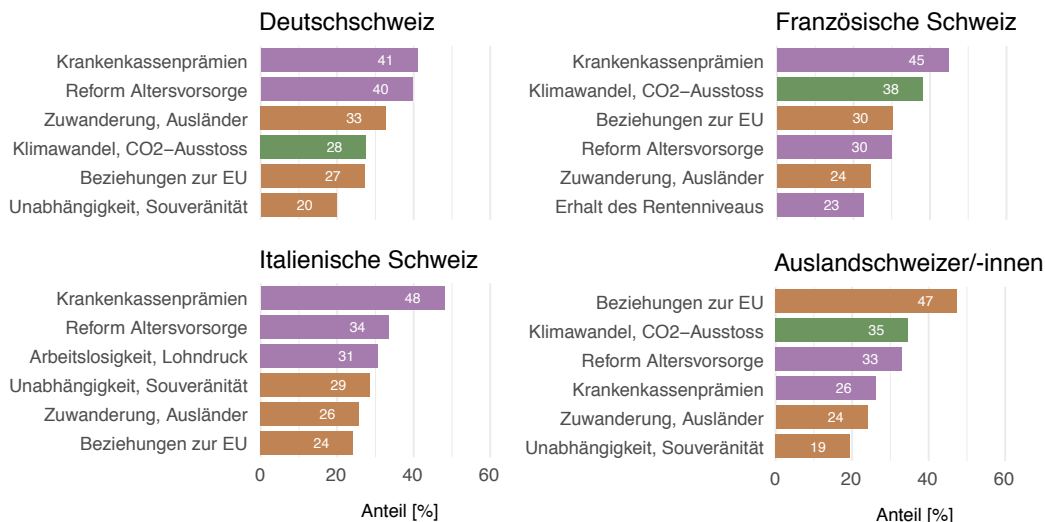
Im Unterschied zu den Grünen und der SVP zeichnen sich die Wählenden der anderen Parteien nicht durch exklusive Themenschwerpunkte aus. So haben für die Basis der drei Parteien CVP, BDP und SP die Krankenkassenprämien die höchste Priorität. Besonders häufig werden die Prämien bei der CVP genannt (55 %). Doch obwohl sich die Christdemokraten früh und klar in dieser Thematik positioniert haben, gehören sie zu den Verlierern des aktuellen Wahlbarometers. Dies zeigt, dass sich nicht jedes Thema gleichermaßen zur inhaltlichen Profilierung eignet. Die Krankenkassenprämien liegen bei sämtlichen Parteien auf den ersten drei Plätzen. Das Thema betrifft zwar breite Teile der Bevölkerung, ist damit jedoch auch etwas konturlos. Ähnlich sieht es mit der Reform der Altersvorsorge aus, die bei der FDP- und GLP-Basis an erster Stelle steht, aber auch von der Basis der CVP, SP und BDP als dringlich angesehen wird.

Ein eindrücklicher Beleg für die komfortable wirtschaftliche Situation, in der sich die Schweizer Stimmberechtigten sehen, ist das fast vollständige Fehlen des Themenbereichs Wirtschaft/Finanzen unter den wichtigen Herausforderungen der Wählerschaften der sieben grössten Parteien. Einzig bei der Basis der Wirtschaftspartei FDP taucht eine Herausforderung aus diesem Themenbereich unter den

Top-6-Herausforderungen auf (vgl. Abb. 8). Es handelt sich dabei um das Thema «Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft», das jedoch auch bei der FDP-Basis nur an vierter Stelle genannt wird. Trotz geringer Dringlichkeit der wirtschaftlichen Herausforderungen gehört die FDP im aktuellen Wahlbarometer zu den Gewinnern. Dies zeigt wie komplex der Zusammenhang zwischen Themenkonjunktur und Wahlerfolg ist. Die FDP profitiert indirekt von einer Grosswetterlage, die nicht ideal für die SVP ist. Zugleich haben ihre anderen beiden Konkurrenten im bürgerlichen Lager – CVP und BDP – mit strukturellen Problemen zu kämpfen.

## 2.3 Regionale und ideologische Ausprägung

Die Einschätzung der Wichtigkeit politischer Herausforderungen unterscheidet sich zwischen den Sprachregionen. In allen drei grossen Sprachregionen stehen allerdings die Krankenkassenprämien an erster Stelle. In der lateinischen Schweiz werden sie dabei etwas häufiger genannt als im deutschsprachigen Landesteil.



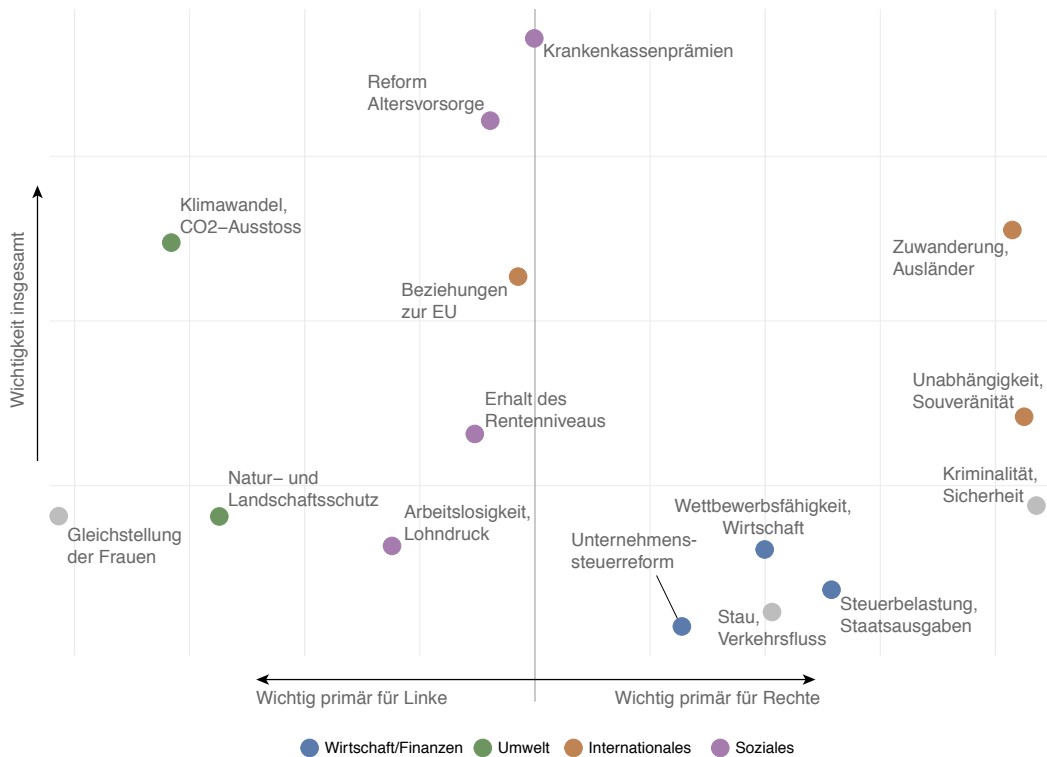
**Abbildung 9:** Wichtigste Herausforderungen nach Sprachregionen und Auslandschweizer/-innen

In der französischsprachigen Schweiz wird insbesondere der Klimawandel überdurchschnittlich häufig als zentrale Herausforderung genannt. Dies zeugt von einem deutlichen Wahrnehmungswandel im Vergleich zur Umweltdebatte früherer Jahrzehnte, wo sich die Romandie besonders immun gegenüber ökologischen Argumenten zeigte. Vergleichsweise wenige Nennungen erhält in der Romandie dagegen die Reform der Altersvorsorge. Häufiger als in allen anderen Landesteilen wird dagegen der Erhalt des Rentenniveaus genannt.

Die italienische Schweiz bildet seit einiger Zeit die Sprachregion mit der grössten Skepsis gegenüber der EU und der Personenfreizügigkeit. Interessanterweise

werden hier jedoch «Ausländer, Zuwanderung» weniger häufig als wichtige Herausforderung genannt als in der Deutschschweiz. Überdurchschnittlich häufig wird jedoch das Thema «Arbeitslosigkeit, Lohndruck» als drängende Herausforderung gesehen. Dies zeigt, dass der Effekt der offenen Grenzen in der Südschweiz offenbar verstärkt mit Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt verbunden wird.

Ebenfalls eine eigene Problemwahrnehmung besteht bei den Auslandschweizern und -schweizerinnen. Für sie stehen die Beziehungen zur EU klar an erster Stelle.



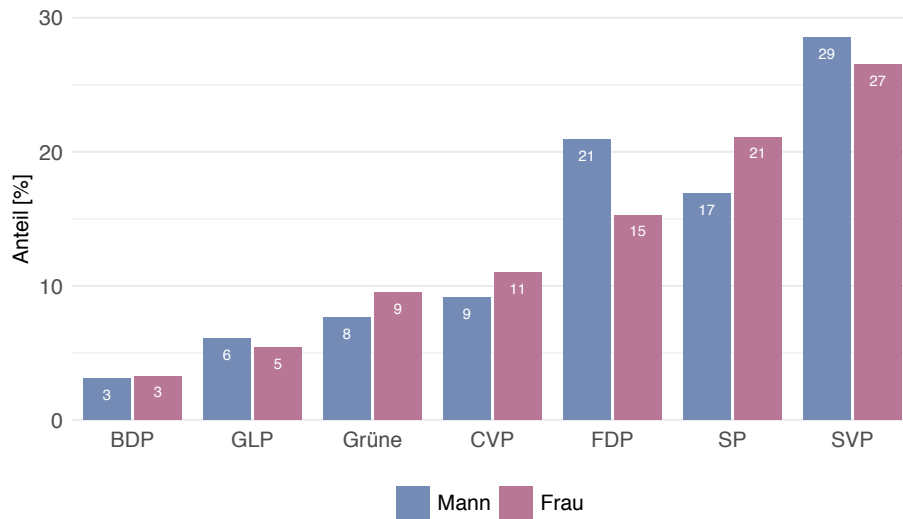
**Abbildung 10:** Herausforderungen nach Links-rechts-Orientierung

Abbildung 10 zeigt die ideologische Ausprägung der verschiedenen Herausforderungen. Herausforderungen, die ganz links im Schema positioniert sind, wurden überwiegend von Personen genannt, die sich selber als links einstufen. Je weiter rechts, desto eher wurde die entsprechende Herausforderung von Stimmenden genannt, die sich rechts einstufen. Die vertikale Positionierung zeigt die Häufigkeit der Nennung.

### 3 Profil der Parteiwählerschaften

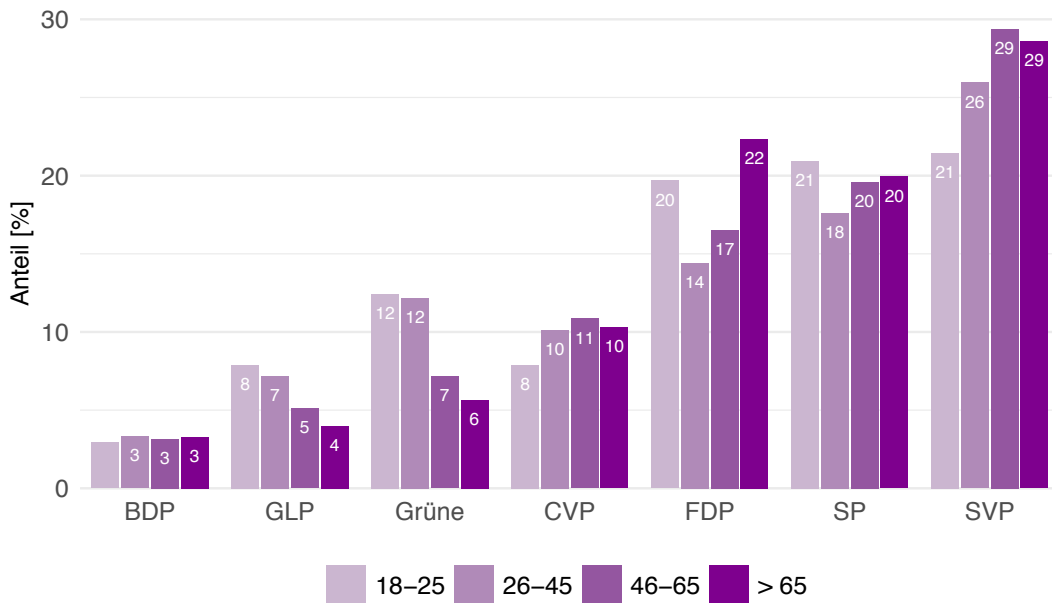
Wer sind die Wählenden der einzelnen Parteien? Wie setzen sie sich nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? In den folgenden Abschnitten wird das Profil der Parteiwählerschaften unter die Lupe genommen. Die sehr stabile Parteienstruktur in der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht vergleichsweise stabile Muster zeigen. Dennoch zeigen sich ein paar ungewohnte Zusammenhänge. Ein spezieller Fokus wird erstmals auf die Wahlabsichten der Auslandschweizer und -schweizerinnen gelegt.

#### 3.1 Demographie: Geschlecht und Alter



**Abbildung 11:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Geschlecht

Abbildung 11 zeigt, dass Frauen gemäss aktueller Wahlabsicht etwas linker wählen als Männer. Sowohl die SP als auch die Grünen kommen auf höhere Wähleranteile unter Frauen als unter Männern. Auch die CVP würde tendenziell öfters von Frauen gewählt, wenn heute Wahlen wären. Männer entscheiden sich etwas häufiger für die SVP und die GLP als Frauen. Auffällig ist jedoch der markante Geschlechtergraben bei der FDP. 21 Prozent der Männer aber nur 15 Prozent der Frauen geben an, die FDP wählen zu wollen. Das klar wirtschaftspolitische Profil der Partei, scheint insbesondere männliche Wählende anzuziehen.

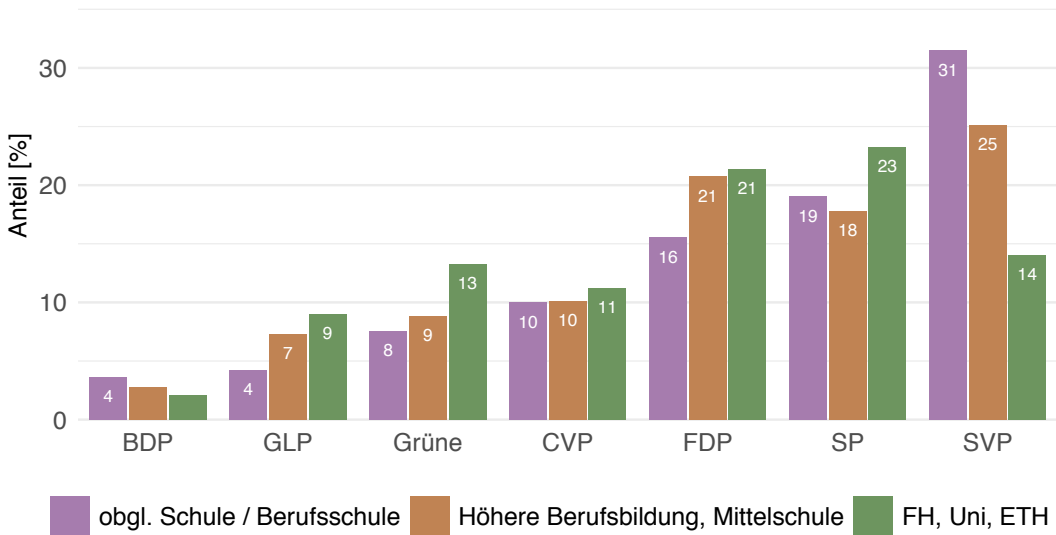


**Abbildung 12:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Alter

Sowohl die Grünen als auch die Grünliberalen sprechen gegenwärtig ein besonders junges Publikum an. Ihr Wähleranteil ist bei den unter 26-Jährigen doppelt so gross wie bei den über 65-Jährigen. Eine U-förmige Altersverteilung weist die FDP auf. Sie wird besonders häufig von der jüngsten und von der ältesten Altersklasse gewählt. Bei den unter 26-Jährigen sind die Freisinnigen sogar gleichauf mit der SVP und der SP. Obwohl die FDP ansonsten vermehrt von eher älteren Personen gewählt wird, scheint sie gegenwärtig auch auf ganz Junge eine starke Anziehungskraft auszuüben. Die SVP wird zwar von allen Altersklassen häufig gewählt, dennoch ist sie besonders stark bei den über 45-Jährigen. Die SVP scheint ihre spezielle Anziehungskraft auf junge Wählende, die sie in früheren Jahren auszeichnete, etwas eingebüsst zu haben. Auch die CVP wird tendenziell in dieser Altersklasse am häufigsten gewählt, während die BDP eine flache Altersverteilung aufweist.

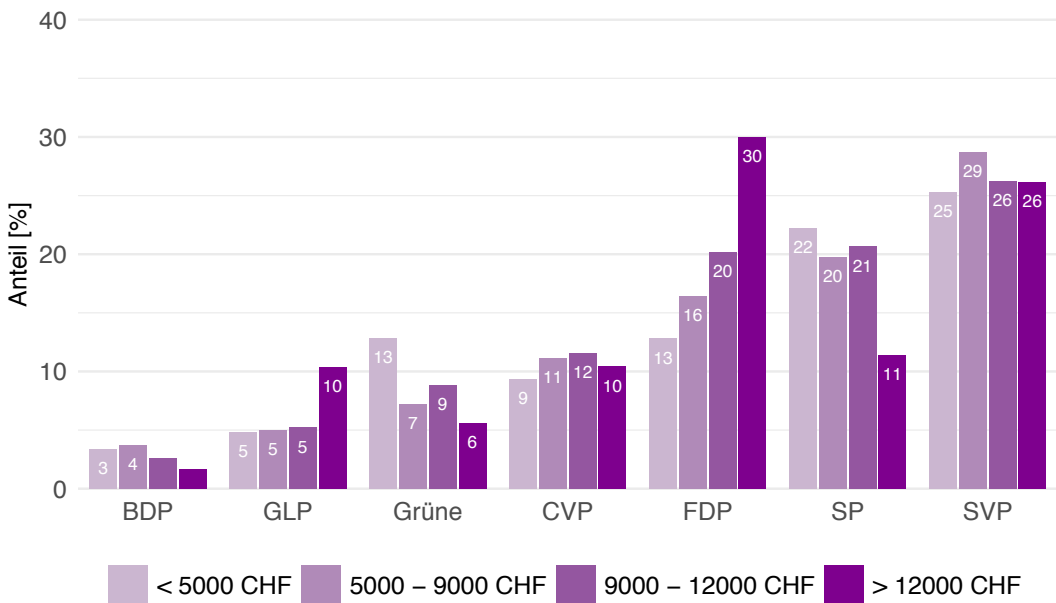
### 3.2 Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen

Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen bilden die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der Wählerschaften zeigt dabei, dass sich diese beiden Merkmale sich sehr unterschiedlich auf die Parteipräferenzen auswirken.



**Abbildung 13:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Bildungsabschluss

Abbildung 13 zeigt den bekannten Bildungsgraben bei der SVP. Insbesondere bei Personen mit Hochschulabschluss wird sie klar unterdurchschnittlich gewählt ihr Wähleranteil liegt mit 14 Prozent nur knapp über dem der Grünen, jedoch deutlich hinter der SP und der FDP. Ein ähnlicher Bildungsgraben, wenn auch auf viel tieferem Niveau zeigt sich ebenfalls bei der BDP, während Grüne und insbesondere die GLP besonders einseitig von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen gewählt werden.



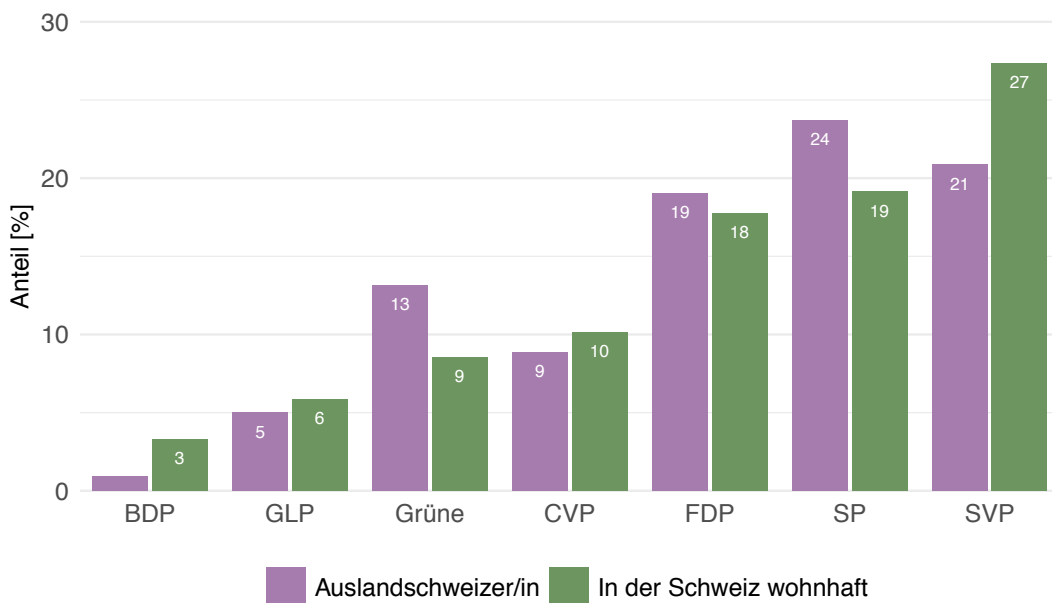
**Abbildung 14:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen



Das Einkommen korreliert in der Tendenz weniger stark mit dem Wahlentscheid als das Bildungsniveau. Die grosse Ausnahme bildet die FDP, für die sich die Stimmberechtigten mit steigendem Einkommen immer häufiger entscheiden. Bei Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 12'000 Franken bildet die FDP mit einem Wähleranteil von 30 Prozent die klare Nummer eins. Auch die Grünliberalen werden in der höchsten Einkommensklasse deutlich häufiger gewählt als in den tieferen, bei der SP ist es gerade umgekehrt – obwohl sie deutlich grösser ist, wird sie in der obersten Einkommensklasse kaum häufiger gewählt als die Grünliberalen. Besonders stark geht die Schwere zwischen Bildung und Einkommen bei den Grünen auseinander. Die Wählenden dieser Partei sind zwar überdurchschnittlich gebildet, viel von ihnen gehören jedoch auch zu der untersten Einkommensklasse. Es handelt sich hier also nicht um die klassische Unterschicht, sondern eher um postmateriell Orientierte. Die Wählerschaft der SVP weist zwar im Schnitt ein eher tiefes Bildungsniveau auf, ihr Rückhalt ist jedoch in allen Einkommensklassen ähnlich gross.

### 3.3 Wahlentscheid der Auslandschweizer/-innen

Erstmals wurde in diesem Wahlbarometer ein spezieller Fokus auf die Auslandschweizer und -schweizerinnen gelegt. Insgesamt konnten 546 davon in die Befragung einbezogen werden.



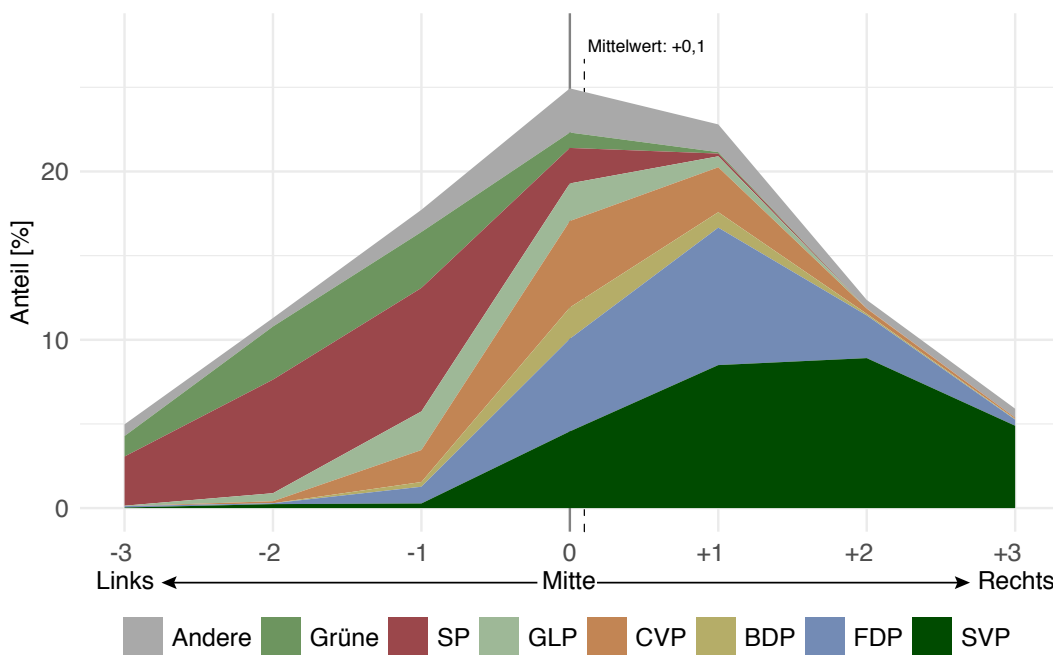
**Abbildung 15:** Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; Auslandschweizer/-innen

Unter den Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen liegt der Wähleranteil der SVP gegenwärtig bei 21 Prozent. Die Grünen und die SP gewinnen zusammen 37 Prozent der Stimmen, während die beiden linken Parteien unter den im Inland

wohnhaften Stimmenden zusammen bloss 28 Prozent Wähleranteil haben. Beides zusammen zeigt, dass die im Ausland lebenden Schweizer und Schweizerinnen linker wählen als der im Inland lebende Bevölkerungsteil. Zugleich ist allerdings auch die FDP etwas stärker vertreten als im Inland. Die beiden jüngsten Parteien BDP und GLP erhalten demgegenüber eine geringere Unterstützung.

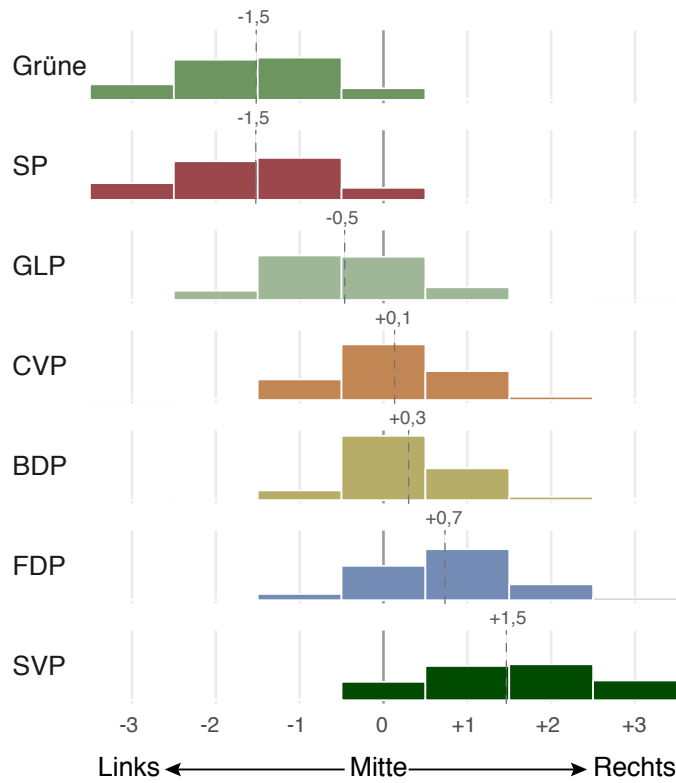
### 3.4 Im Links-rechts-Spektrum

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich selber im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Dabei zeigt sich, dass sich die Wählenden heute annähernd symmetrisch um die politische Mitte positionieren. Im Mittel positionieren sich die Wählenden auf der Skala von -3 (links) bis +3 (rechts) bei +0,1. In der sotomo-Nachwahlbefragung von 2015 lag die durchschnittliche Links-rechts-Positionierung der Wählenden noch bei +0,5 und damit klar rechts der Mitte. Der leichte Linksrutsch spiegelt sich somit auch in der Selbstwahrnehmung der Wählenden.



**Abbildung 16:** Verteilung der Wählenden im Links-rechts-Spektrum nach Parteianhängerschaften

Abbildung 17 zeigt das politische Profil der Wählenden der einzelnen Parteien. Fast identisch ist die Selbstpositionierung der Wählenden der Grünen und der SP im Spektrum zwischen links und rechts. Bei beiden liegt der Mittelwert bei -1,5. Genau zwischen der Mitte und dem linken Pol. Genau an demselben Ort, einfach auf der rechten Seite des politischen Spektrums positioniert sich mit +1,5 die durchschnittliche SVP-Anhängerschaft.



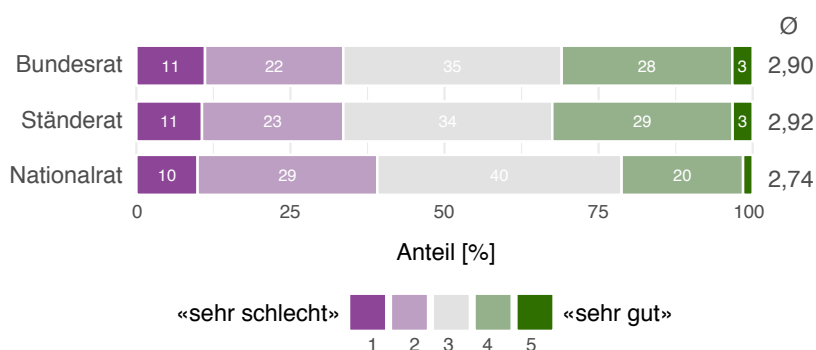
**Abbildung 17:** Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum

Leicht links der Mitte positioniert sich die Wählerschaft der Grünliberalen (-0,5), während die Wählerschaft der CVP im Durchschnitt bei +0,1 positioniert ist. Die Basis der CVP befindet sich damit fast genau in der politischen Mitte und genau dort, wo sich der Median-Wähler bzw. die Median-Wählerin der Schweiz befindet. Die FDP-Wählerschaft schliesslich positioniert sich bei +0,7 und damit etwas näher bei der CVP als bei der SVP

## 4 Bundesrat und Parlament unter der Lupe

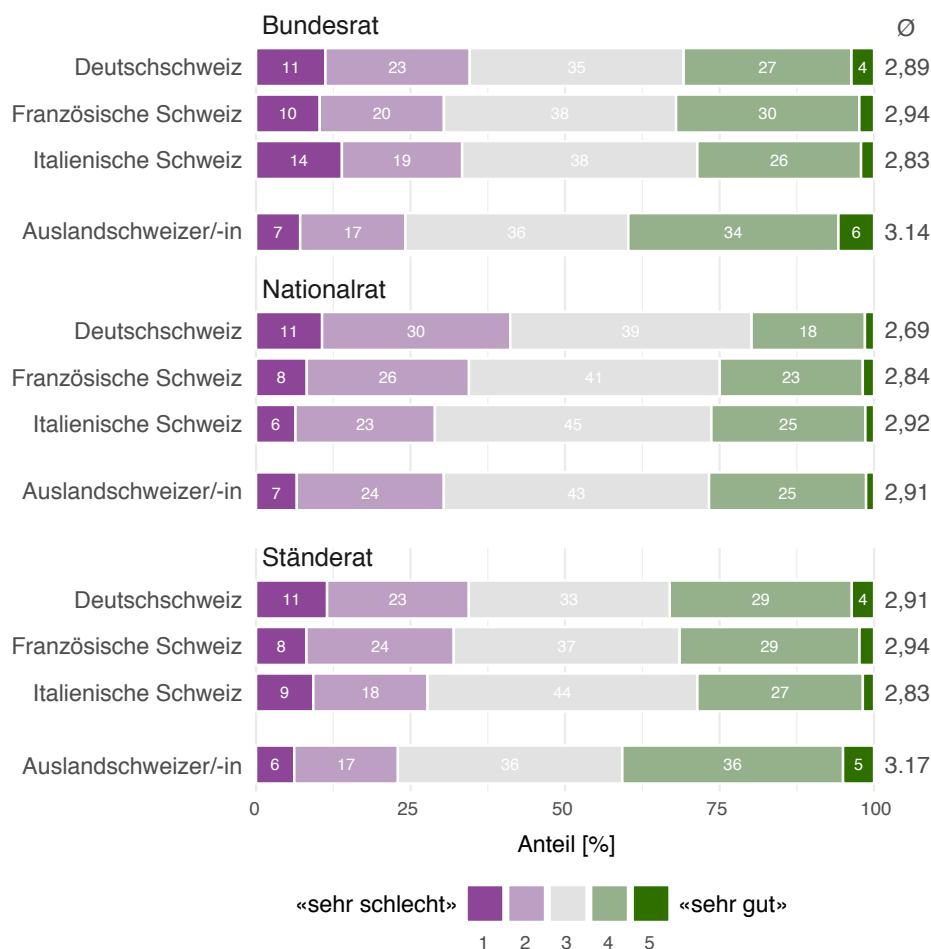
Im SRG Wahlbarometer konnten die Befragten nicht nur ihre Wahlabsichten mitteilen, sie konnten auch die Arbeit des Bundesrates und des Parlaments in der laufenden Legislatur bewerten. In den kommenden beiden Abschnitten wird gezeigt wie die Arbeit von Bundesrat, Nationalrat und Ständerat beurteilt wird und wie die Wählenden in der Schweiz die ideologische Position von Nationalrat und Bundesrat einschätzen.

### 4.1 Mittlere Zufriedenheit mit der Arbeit



**Abbildung 18:** Beurteilung der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur

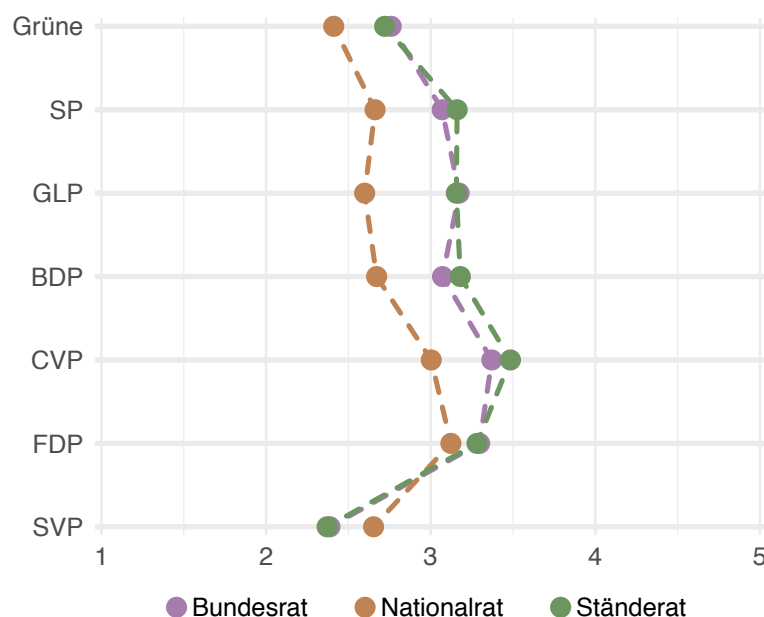
Auf einer Skala von 1: «sehr schlecht» bis 5: «sehr gut» werden Ständerat und Bundesrat beinahe gleich beurteilt. Etwas schlechter kommt der Nationalrat weg. Nur 21 Prozent finden, dass der Nationalrat in der bisherigen Legislatur eine gute bis sehr gute Arbeit verrichtet. Fast 40 Prozent hingegen beurteilen die Arbeit des Nationalrats mit «schlecht» bis «sehr schlecht». Wie nachfolgend gezeigt wird, ist ein grosser Teil der Stimmberechtigten nicht zufrieden mit der politischen Ausrichtung der grossen Kammer. Zudem ist die politische Kultur im Nationalrat konfliktiver und polarisierter als im Stände- und im Bundesrat.



**Abbildung 19:** Beurteilung der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur; nach Sprachregion

Besonders beim Parlament zeigen sich sprachregionale Unterschiede: Deutschschweizer und Deutschschweizerinnen sind am unzufriedensten mit National- und Ständerat, während die Unzufriedenheit im Tessin nicht so gross ist. Auffällig ist, dass beim Ständerat die Deutschschweiz und die Romandie etwas polarisierter sind: Parallel dazu, dass etwas mehr Menschen unzufrieden sind mit dem Ständerat, sind auch mehr Menschen explizit Zufrieden mit dessen Arbeit in der letzten Legislatur.

Bei den Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen zeigt sich grundsätzlich ein ähnliches Muster wie bei den in der Schweiz wohnhaften Befragten: der Nationalrat kommt am schlechtesten weg, während die Zufriedenheit mit Bundesrat und Ständerat in etwa ähnlich ist. Der Unterschied zwischen In- und Auslandschweizern zeigt sich aber im allgemeinen Zufriedenheitsniveau: Auslandschweizerinnen sind grundsätzlich etwas zufriedener, besonders mit dem Stände- und dem Bundesrat.

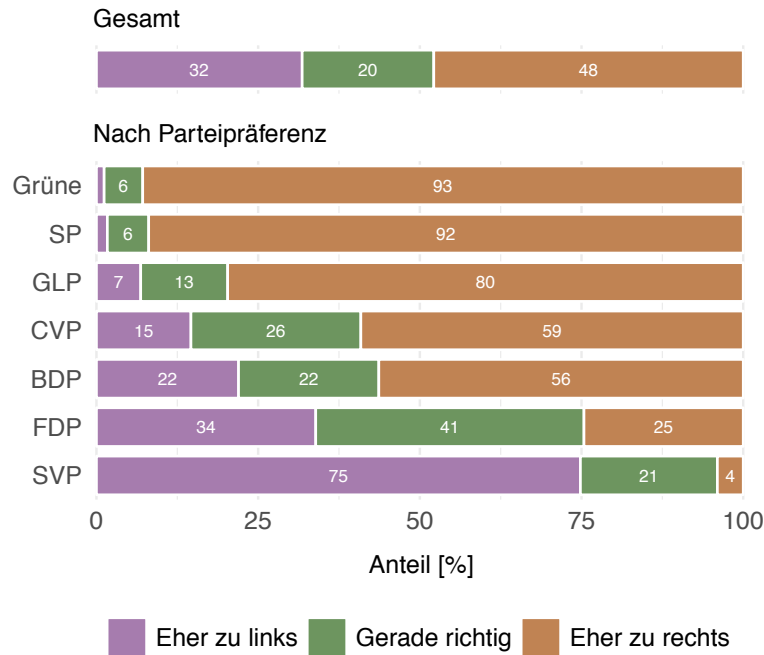


**Abbildung 20:** Beurteilung der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur; nach Parteien

Doch wie zufrieden sind die Wähler und Wählerinnen einzelner Parteien mit der Arbeit von Bundesrat und Parlament? In Abbildung 20 wird ersichtlich, dass die Arbeit des Nationalrats bei Wählenden fast aller Parteien vergleichsweise am schlechtesten eingeschätzt wird. Einzig bei der Wählerschaft der SVP verhält sich dies umgekehrt. Dort kommen wiederum der Bundes- und der Ständerat verhältnismässig schlecht weg. Dies überrascht nicht, da die SVP besonders im Nationalrat stark vertreten ist. Spannend ist auch, dass insbesondere die Wähler und Wählerinnen der Polparteien (Grüne und SVP) im Durchschnitt die Arbeit aller drei Gremien etwas schlechter einschätzen als die Basis der restlichen Parteien.

## 4.2 Unzufriedenheit mit der Ausrichtung des Nationalrats

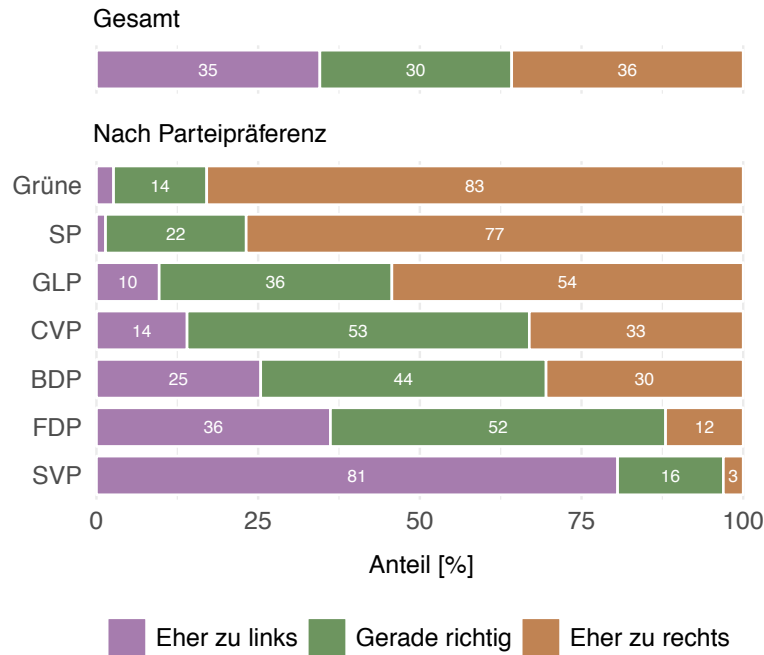
Wie in Abschnitt 1.3 gezeigt wurde, ist die politische Ausrichtung der Parteien für eine Mehrheit der Stimmenden der wichtigste Faktor für ihren Wahlentscheid. Offensichtlich wollen die Wählenden mit ihrem Entscheid für eine Partei auch Einfluss auf die politische Ausrichtung von Parlament und Regierung nehmen. Doch wie schätzen die Wählenden die politische Ausrichtung der gewählten Behörden heute ein? Die Befragten wurden gebeten, die aktuelle politische Ausrichtung des Nationalrats zu beurteilen: Ist dieser eher zu links, eher zu rechts oder politisch gerade richtig ausgerichtet?



**Abbildung 21:** Beurteilung der ideologischen Position des Nationalrats; nach Parteien

Für fast die Hälfte der Wählenden ist der Nationalrat in der laufenden Legislatur politisch eher zu rechts ausgerichtet. Ein Drittel ist der Ansicht, er politisiere eher zu links. Nur gerade 20 Prozent sind der Meinung, dass die politische Ausrichtung gerade richtig ist. Die Asymmetrie zwischen links und rechts zeigt, dass aus Sicht der Wählenden eher eine Kurskorrektur des Parlaments nach links als nach rechts gewünscht wird. Entsprechend ist aus heutiger Perspektive ein politischer Linksrutsch grundsätzlich deutlich wahrscheinlicher als ein weiterer Rechtsrutsch.

Es ist nicht erstaunlich, dass die Wählenden der Polparteien den Nationalrat jeweils mehrheitlich als zu rechts (SP, Grüne) oder als zu links (SVP) wahrnehmen. Die Unzufriedenheit mit der aktuellen Ausrichtung ist allerdings auf der linken Seite stärker. Interessant sind die Einschätzungen durch die Parteianhängerschaften der erweiterten Mitte. Die Wählenden von GLP, CVP und BDP erachten den Nationalrat mehrheitlich als zu rechts ausgerichtet. Am zufriedensten mit der aktuellen Ausrichtung der grossen Parlamentskammer ist die Basis der FDP. Dies passt zur Tatsache, dass die FDP in der aktuellen Legislatur am häufigsten die Mehrheitsmacherin im Nationalrat ist, während diese Rolle zuvor die etwas links von ihr positionierte CVP einnahm.



**Abbildung 22:** Beurteilung der ideologischen Position des Bundesrats; nach Parteien

Beim Bundesrat zeigt sich ein weit ausgeglicheneres Bild als beim Nationalrat: Je etwa ein Drittel der Befragten empfindet den Bundesrat als «eher zu links», «gerade richtig» oder «eher zu rechts». Das heisst, die linke und die rechte Unzufriedenheit heben sich in etwa auf. Dies ist bemerkenswert, denn schliesslich ist der Bundesrat in der aktuellen Legislatur deutlich nach rechts gerückt. Zu Beginn der Periode gewann die SVP einen zweiten Bundesratssitz und letztes Jahr kam es beim für die Mehrheiten ausschlaggebenden mittleren Sitz zu einer weiteren Verlagerung nach rechts als Didier Burkhalter durch Ignazio Cassis ersetzt wurde. Obwohl in beiden Räten heute die FDP als Mehrheitsmacherin auftritt, wird nur der Nationalrat und nicht der Bundesrat einseitig als eher zu rechts politisierend wahrgenommen. Dies zeigt, dass das teilweise überparteiliche Agieren der Bundesräte dazu führt, dass die exekutive als weniger ideologisch wahrgenommen wird als der Nationalrat.

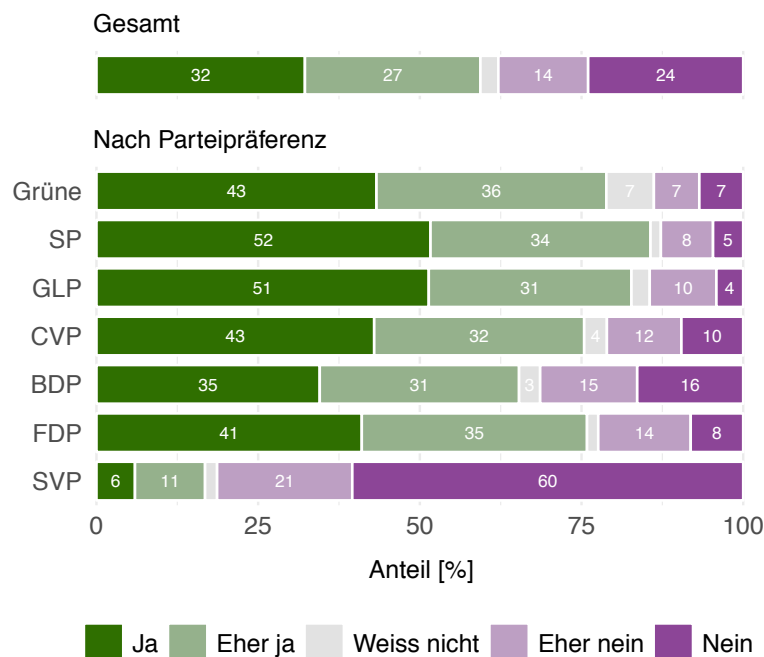


## 5 Fokusthema: Rahmenabkommen und flankierende Massnahmen

Der Konflikt um das EU-Rahmenabkommen und die flankierenden Massnahmen (Flam) bildet das Fokusthema dieses Wahlbarometers. Im Rahmen des Fokusthemas wird untersucht, wie sich die Stimmbevölkerung zu den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU stellt und welche Spielräume sie in Bezug auf die flankierenden Massnahmen sieht. Gefragt wurde zudem nach der Einschätzung des Vorgehens der Gewerkschaften sowie nach der Rolle der eigenen Partei.

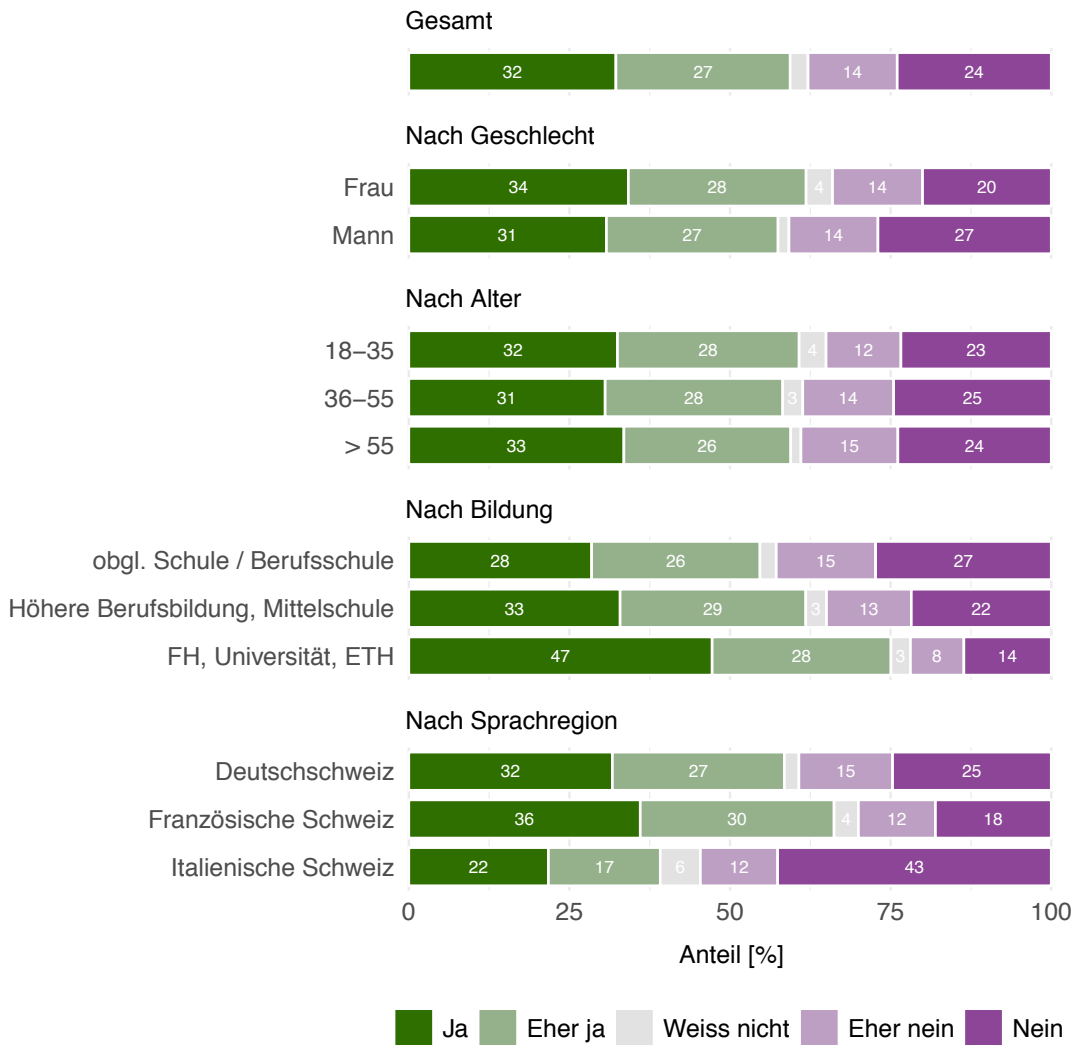
### 5.1 Soll ein Rahmenabkommen ausgehandelt werden?

Unabhängig von der Diskussion um die flankierenden Massnahmen: Wie stellen sich die Schweizer Stimmberechtigten grundsätzlich zum Ansinnen des Bundesrats, ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU auszuhandeln? 59 Prozent sind der Ansicht, dass ein Rahmenabkommen ausgehandelt werden soll. 32 Prozent sagen «Ja», 27 Prozent meinen «Eher ja». 38 Prozent finden «Nein» oder «Eher nein». Es gilt dabei zu beachten, dass nicht die Zustimmung zu einem fertigen Rahmenabkommen abgefragt wurde, sondern die Zustimmung dafür, dass ein solches angestrebt wird.



**Abbildung 23:** Soll der Bundesrat ein Rahmenabkommen mit der EU aushandeln? Nach Parteiorientierung.

Trotz Kontroverse um die flankierenden Massnahmen stehen bis heute die Wählerinnen und Wähler der SP am meisten hinter dem Ziel Rahmenabkommen. 86 Prozent von ihnen unterstützen den Bundesrat darin, ein solches auszuhandeln. Nur 13 Prozent stellen sich gegen dieses Ansinnen. Ähnlich stark wird das Ziel, ein Rahmenabkommen auszuhandeln, von der Wählerbasis der Grünliberalen unterstützt. Mit Ausnahme der SVP stehen bei den Wählerinnen und Wähler aller Parteien klare Mehrheiten dafür ein, dass es ein Rahmenabkommen anzustreben gilt. Bei der SVP stellt sich jedoch eine überaus deutliche Mehrheit dagegen.



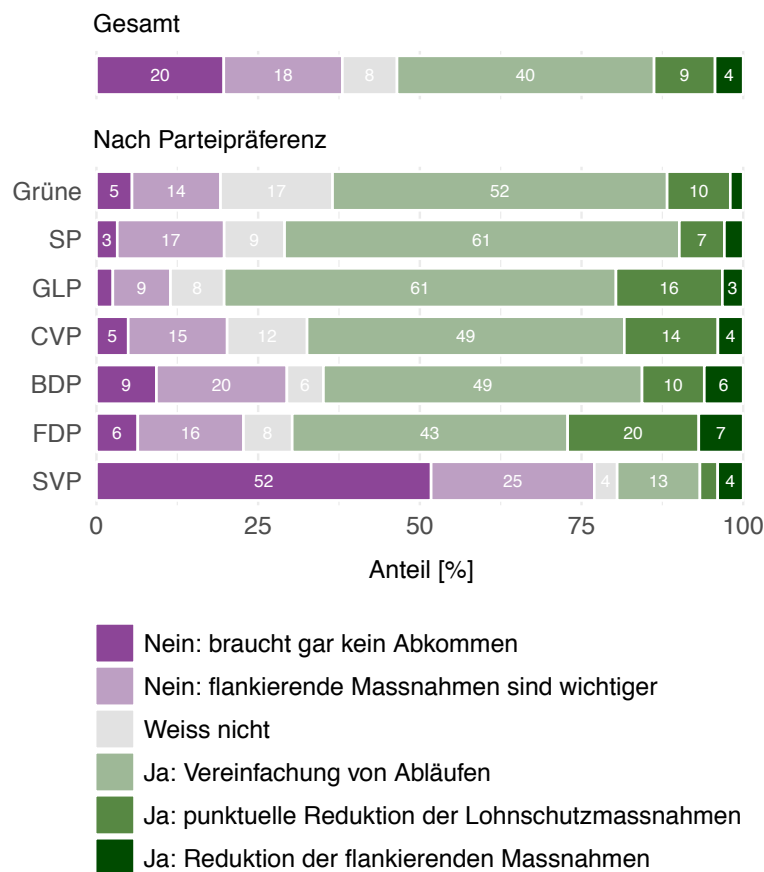
**Abbildung 24:** Soll der Bundesrat ein Rahmenabkommen mit der EU aushandeln?  
Nach Soziodemographie.

Bei der Grundhaltung zu einem Rahmenabkommen zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Altersgruppen. Wie zu erwarten war, hängt die Haltung jedoch vom Bildungsabschluss sowie der sprachregionalen Herkunft ab. Überdurchschnittlich skeptisch sind Personen mit maximal einer Berufslehre sowie

Personen aus der italienischen Schweiz. Die Stimmenden der Deutschschweiz zeigen sich nur wenig skeptischer als jene der Romandie.

## 5.2 Kompromisse bei den flankierenden Massnahmen

Eine deutliche Mehrheit der Stimmenden steht hinter dem Ansinnen des Bundesrats, ein Rahmenabkommen auszuhandeln. Im Rahmen der aktuellen Verhandlungen verlangt die EU von der Schweiz jedoch ein Entgegenkommen beim Lohnschutz. In dem seit diesem Sommer bestehenden Konflikt geht es um die Frage, ob und wie weit die Schweiz in dieser Frage kompromissbereit sein soll und wo die rote Linie gezogen werden soll. Doch, wo liegen die roten Linien der Stimmbevölkerung? Welche Anpassungen an den flankierenden Massnahmen sind aus Sicht der Befragten für eine Einigung mit der EU zulässig?



**Abbildung 25:** Kompromissbereitschaft bei den flankierenden Massnahmen, um eine Einigung mit der EU zu erzielen. Nach Parteiorientierung.

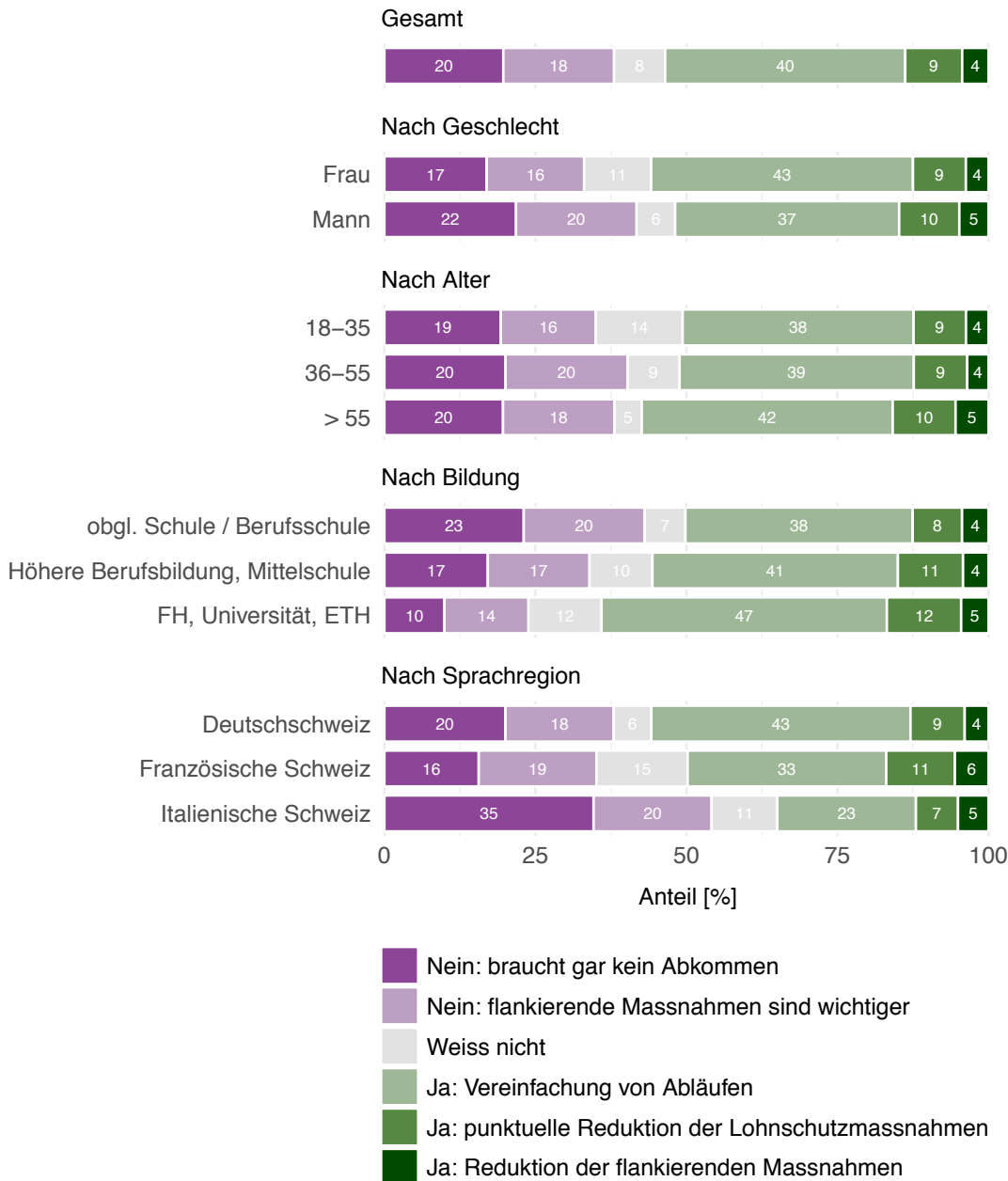
38 Prozent sind der Meinung, es dürfe keinerlei Entgegenkommen geben. Die Kompromisslosen fallen dabei in zwei ähnlich grosse Gruppen: Die eine Gruppe (20 %) erachtet Kompromissbereitschaft als unnötig, weil sie ein Abkommen grundsätzlich ablehnt. Die andere Gruppe (18 %) gibt an, eher ein Scheitern der

Verhandlungen in Kauf nehmen, als die flankierenden Massnahmen anzutasten. Auf der anderen Seite sind 53 Prozent der Ansicht, dass es keine eng gezogenen roten Linien geben sollte. Besonders verbreitet ist dabei die Ansicht, dass für ein Abkommen mit der EU eine Vereinfachung der Abläufe bei der Kontrolle des Lohnschutzes möglich sein soll (40 %). Nur wenige (13 %) sind jedoch der Ansicht, dass eine punktuelle Reduktion der Lohnschutzmassnahmen drin liegt, oder gar angezeigt ist.

Die Mehrheit der Stimmenden der Schweiz hält die flankierenden Massnahmen in ihrer heutigen Ausgestaltung nicht für unantastbar, sie ist offen für eine Vereinfachung der Abläufe. Ein punktueller Abbau des Lohnschutzes liegt für die überwiegende Mehrheit jedoch nicht drin. Der Knackpunkt bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist letztlich die Frage, wo die Grenze zwischen einer Vereinfachung der Abläufe und einer punktuellen Reduktion der flankierenden Massnahmen liegt.

Obwohl in der Debatte um die flankierenden Massnahmen das Thema des Lohnschutzes und somit die soziale Frage im Zentrum steht, zeigt sich kein klassischer Links-rechts-Gegensatz. Ganze 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler der SP halten die flankierenden Massnahmen in ihrer heutigen Form für unantastbar. Dies sind nicht mehr als bei der CVP und FDP. Es ist die Basis der SVP, die sich hier am kompromisslosesten zeigt. 52 Prozent geben an, dass es das Rahmenabkommen grundsätzlich nicht braucht. Ein weiteres Viertel der Wählerschaft der nationalkonservativen Partei gibt an, dass die Flam wichtiger seien als ein Rahmenabkommen. Eine materielle Reduktion der flankierenden Massnahmen findet am ehesten bei der Basis von FDP und GLP Zustimmung, jedoch auch hier nur bei 27 bzw. 19 Prozent.

Das Zustimmungsmuster für Anpassungen bei den flankierenden Massnahmen entspricht weitgehend dem Zustimmungsmuster zum Rahmenabkommen. Dies gilt nicht nur für die Parteiwählerschaften, sondern auch für soziodemographische Variablen. Dies zeigt Abbildung 26.

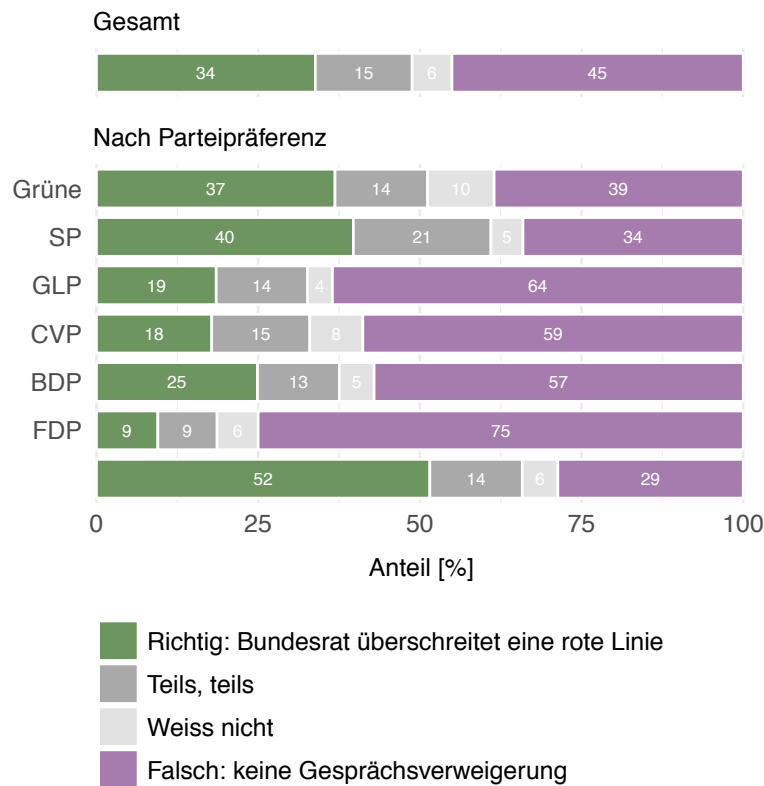


**Abbildung 26:** Kompromissbereitschaft bei den flankierenden Massnahmen, um eine Einigung mit der EU zu erzielen. Nach Soziodemographie.

### 5.3 Vorgehen der Gewerkschaften

Die Bevölkerung zeigt sich mehrheitlich offen für eine Vereinfachung der Abläufe bei den flankierenden Massnahmen. Die Gewerkschaften haben sich klar dagegen positioniert. Zu einem Eklat kam es im August 2018 als der Gewerkschaftsbund SGB und die Travail.Suisse eine Gesprächsrunde zu den Forderungen der EU in Bezug auf die flankierenden Massnahmen boykottierte. Wie beurteilt die Stimmbevölkerung das Vorgehen der Gewerkschaften? 45 Prozent sehen darin eine Gesprächsverweigerung, die es in der Schweiz nicht geben sollte. 34 Prozent

finden das Verhalten der Gewerkschaften richtig, da der Bundesrat mit seiner Agenda eine rote Linie überschritten habe. 15 Prozent geben beiden Seiten teilweise recht.



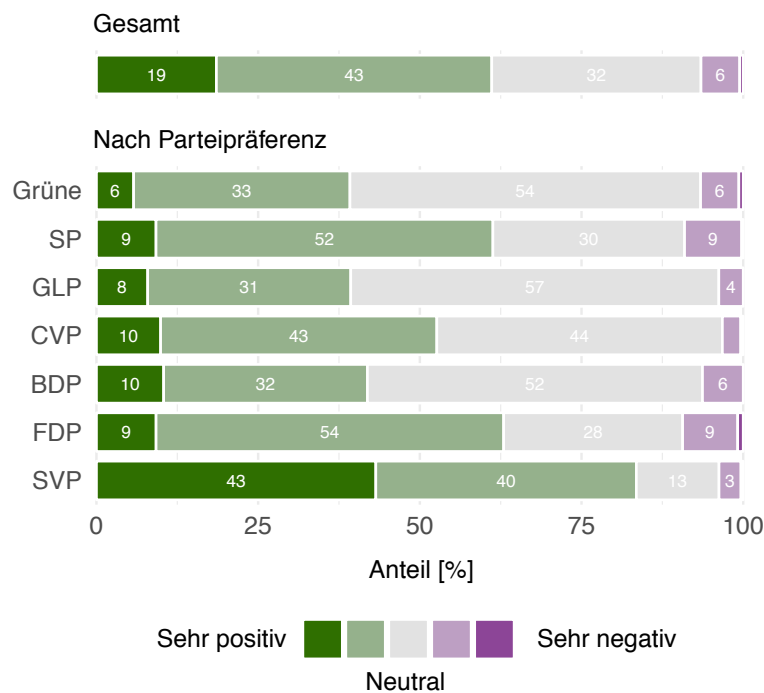
**Abbildung 27:** Haltung zum Gesprächsboykott der Gewerkschaften. Nach politischer Orientierung.

Während sich beim EU-Rahmenabkommen sowie bei den flankierenden Massnahmen vor allem ein Gegensatz zwischen der SVP-Basis und allen anderen öffnet, zeigt sich bei der Einschätzung des Zwists zwischen den Gewerkschaften und dem Bundesrat ein etwas anders Muster. Zwar stellen sich nur die die SVP-Wählenden mehrheitlich auf die Seite der Gewerkschaften (52 %). Anders als bei der inhaltlichen Frage zu den Flam, geben hier jedoch auch grössere Teile der Basis von SP (40 %) und Grünen (37 %) den Gewerkschaften recht. Die Unterstützung auf der linken Seite ist jedoch alles andere als geschlossen. Rund ein Drittel der Wählenden der SP stellt sich gegen die Gewerkschaften und weitere 21 Prozent geben beiden Seiten teilweise recht. Während die Frage der Anpassung der flankierenden Massnahmen keine spezifische Opposition bei linken Wählenden hervorruft, schaffen es die Gewerkschaften mit ihrem Vorgehen zumindest ein grösserer Teil davon auf ihre Seite zu ziehen. Interessanterweise zeigen sich die Wählerinnen und Wähler der linken Parteien zugleich flexibler

als die Gewerkschaften, wenn es um die Vereinfachung und von Abläufen beim Lohnschutz geht.

## 5.4 Rolle der eigenen Partei

Wie nehmen die Wählenden die Rolle der von ihnen bevorzugten Partei im Streit um das Rahmenabkommen war? Die klarste Position zum Rahmenabkommen hat die SVP, die sich klar dagegen positioniert. Dies wird von einer grossen Mehrheit ihrer Wählerschaft honoriert. 43 Prozent der SVP-Wählenden schätzen die Rolle ihrer Partei als sehr positiv ein. Wie Abbildung 28 zeigt, besetzt hier ein markanter Enthusiasmus-Graben im Vergleich zu allen anderen Parteien.



**Abbildung 28:** Rolle der eigenen Partei beim Streit um das Rahmenabkommen.

Im aktuellen Konflikt um die flankierenden Massnahmen stehen sowohl die FDP wie auch die SP im Fokus. Zumindest mit Blick auf die Wählenden, die heute angeben, eine der beiden Parteien wählen zu wollen, scheint sich die profilierte Rolle auszuzahlen. Nach der SVP finden sich bei diesen beiden Parteien am meisten, welche ein positives Bild der Rolle der eigenen Partei haben. Etwas grösser als bei den anderen Parteien ist allerdings auch der Teil, der findet, die eigene Partei habe eine negative Rolle gespielt. Auffällig ist, dass insbesondere bei den kleineren Parteien, die nicht im Bundesrat vertreten sind, jeweils eine Mehrheit angibt, dass die Partei ihrer Wahl weder eine positive noch eine negative Rolle gespielt hat. Zumindest wenn es um die Wahrnehmung ihrer Arbeit geht, haben die grossen Parteien hier offenbar einen Vorteil, weil ihre Haltung und ihr Agieren

eher über der Wahrnehmungsschwelle der Bevölkerung liegt. Die Ergebnisse des Wahlbarometers zeigen allerdings, dass sich daraus nicht ohne Weiteres Wahlsiege ableiten lassen. Von den überdurchschnittlich positiv wahrgenommenen Parteien, legt aktuell einzig die FDP signifikant an Wähleranteilen zu.



## 6 Datenerhebung und Methode

### Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zum SRG SSR Wahlbarometer fand zwischen dem 13. und dem 18. September 2018 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von sotomo statt. Insgesamt wurden 14'985 Stimmberechtigte befragt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 12'179 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden.

### Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

